



Pressemitteilung

Datum 08.04.2014

Arbeitskreis räumliche Neuordnung setzt Beratungen fort

Der Arbeitskreis Räumliche Neuordnung soll die Möglichkeiten einer dezentralen räumlichen Neustrukturierung der Verwaltung auf Grundlage des Bürgerentscheids 2012 prüfen und Lösungsansätze entwickeln. Im Schwenninger Rathaus setzte das Gremium nun seine Beratungen fort.

Dabei erteilte der Arbeitskreis der Verwaltung den Prüfauftrag, je eine geeignete Fläche in den Stadtbezirken Villingen und Schwenningen für eine wirtschaftliche und organisatorisch sinnvolle Zusammenfassung von Ämtern zu finden. Die beiden Rathäuser sollen gemäß dem Bürgerentscheid hiervon unberührt bleiben. Die Verwaltung soll dann gleichmäßig auf beide Stadtbezirke verteilt werden. In Schwenningen soll das Gelände Steinel auf Geeignetheit untersucht werden, in Villingen soll die Standortsuche grundsätzlich ergebnisoffen durchgeführt werden, allerdings soll das Mangin-Gelände in den weiteren Überlegungen mit berücksichtigt werden.

Verworfen hat der Arbeitskreis hingegen das Szenario, durch eine Überbauung des Villingener Rathaushofes sowie einen Anbau an das Gebäude Josefsgasse 7 – hier ist das Bürgeramt untergebracht – zusätzlichen Raum für Verwaltungseinheiten zu schaffen. Nachdem das Amt für Stadtentwicklung und Vertreter der Oberen Denkmalbehörde des Regierungspräsidiums Freiburg in der vorangegangenen Sitzung die Möglichkeiten und Restriktionen der beiden Standorte aus denkmalpflegerischer Sicht präsentiert hatte, will das Gremium nun diese Pläne nicht weiter verfolgen, da es die Kosten im Verhältnis zum Nutzen als unverhältnismäßig hoch einstuft.